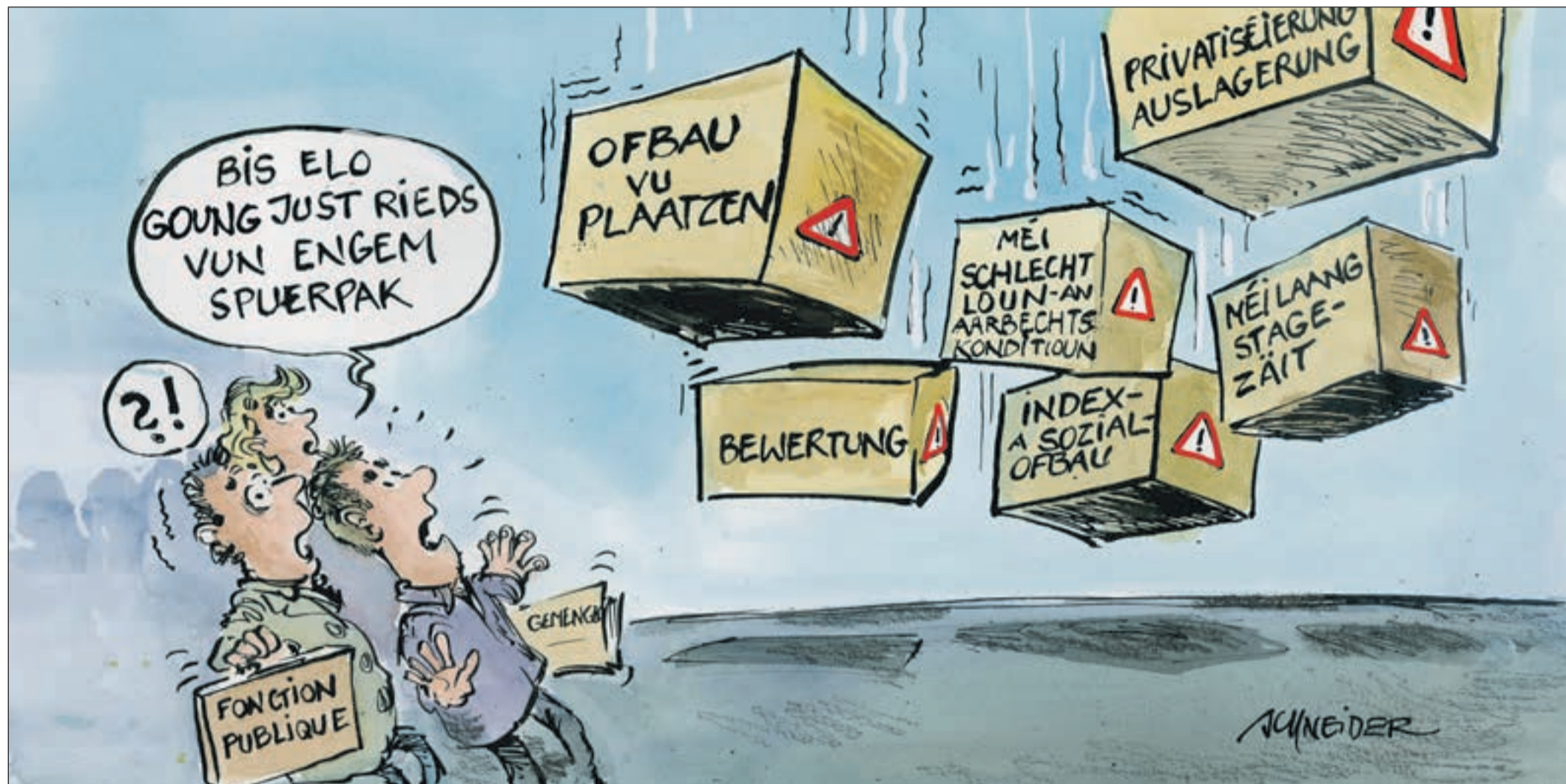


Berufskammerwahlen

Eng staark Equipe, fir dech!



Karikatur: Carlo Schneider

Zwischen dem 20. und 31. März 2015 werden die Wahlen für die Berufskammer des öffentlichen Dienstes stattfinden. Der Landesverband hat unter der Nummer 5 (Gemeindebeamte) eine gemeinsame Liste mit dem OGBL eingereicht. Unter der Nummer 1 (Lehrbeauftragte) kandidieren die Kandidatinnen und Kandidaten des SEW/OGBL und des Landesverbandes. Jede Stimme für die Liste 1 und die Liste 5 ist eine Stimme für den öffentlichen Dienst! Wir zählen auf Deine Stimme! Lesen Sie auch die Beilage („De Buet“) in dieser Ausgabe.

Editorial

Yannick Jacques

Wichtiger Wahlgang!



Vom kommenden 20. bis zum 31. März 2015 entscheiden die öffentlichen Bediensteten wer sie in den nächsten fünf Jahren gegenüber der Politik vertritt. Erstmals kandidieren FNCTTFEL-Landesverband und OGBL bei diesen Wahlen auf gemeinsamen Listen. Es gilt jetzt die Interessen der Beschäftigten in den kommenden fünf Jahren anständig vertreten zu lassen!

Beide freie Gewerkschaften haben sich am 6. Dezember 2011, nicht ohne Grund, verpflichtet als zwei gleichstarke Partner dem immer größer werdenden Druck seitens der Patronatsorganisationen und der Politik zu wehren. Nach den guten Erfahrungen, welche beide Gewerkschaften schon 2012 bei den Personalvertreterwahlen der Gemeindebeamten, sowie 2013 bei den Delegationswahlen auf gemeinsamen Listen machten, wurde entschieden diese Zusammenarbeit auf die Berufskammerwahlen auszudehnen.

Der Dienstleistungssektor soll liberalisiert werden

Jedes Jahr werden sowohl Ministerien als auch Gemeinden durch sogenannte „screenings“ dazu gezwungen ihre Ausgaben einzuschränken. Obwohl immer wieder behauptet wird, dies würde nicht auf Kosten des Personals gehen, ist die Realität eine ganz andere! Bei Abgängen durch zum Beispiel Rentenansprüche der Beamten werden diese gar nicht oder nur zum Teil ersetzt. Dies bringt unweigerlich die Auslagerung oder gar eine Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen mit sich. Natürlich auf Kosten aller Haushalte!

Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind eine Sackgasse mit negativen Konsequenzen für Bürger und Beschäftigte. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die öffentlichen Bediensteten sich zusammen mit ihren Gewerkschaften, FNCTTFEL-Landesverband und OGBL, gegen diese Politik der Austerität, der Auslagerung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wehren.

Die Privatisierungspläne öffentlicher Dienstleistungen finden ebenfalls auf EU-Ebene statt und verbergen sich dort hinter Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA und Co. Diese Abkommen haben ganz einfach die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen zum Ziel!

Der Dienstleistungssektor soll im TiSA-Abkommen (Trade in Services Agreement) liberalisiert und damit für die Privatisierung geöffnet werden. Der Dienstleistungssektor wäre somit für ausländische Investoren offen. Das fatale an solchen Abkommen ist, dass nicht nur die im Vertrag genannten Bereiche liberalisiert werden. Auch alle nicht explizit vermerkten Bereiche könnten einer Privatisierung zum Opfer fallen. Das heißt nichts anderes als: was nicht auf einer „Negativliste“ vermerkt ist, kann privatisiert werden. Welche Bereiche wirklich ausgeschlossen waren, weiß man erst nachdem das Abkommen in Kraft ist.

Die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Nahverkehr und Gesundheitsvorsorge hätte gravierende Auswirkungen für die Bürger. Die Situation für die Beschäftigten in den betroffenen Dienstleistungsbereichen wird sich dramatisch verschlechtern. Die Standards im Arbeitsrecht würden wohl an amerikanische Verhältnisse angepasst werden. Erinnern wir daran, dass die USA einige OIT-Grundkonventionen nicht unterzeichnet haben, so zum Beispiel das Recht Gewerkschaften zu bilden oder die Garantie für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.

Aussterben des Beamtenstatuts?

Sowohl Ministerien als auch Gemeinden stellen vermehrt „salariés“ statt Beamte ein, obwohl das Beamtenstatut eigentlich klare Worte spricht. Der vorige Innenminister vertrat die Ansicht, dass in den Gemeinden das administrative Personal unter dem Beamtenstatut einzustellen sei. Dies galt allerdings nicht unbedingt für alle anderen Laufbahnen. Da hat sich in den letzten zwei Jahren nichts geändert. Ergo, scheint es sein Nachfolger gleich zu betrachten! Wie nicht anders zu erwarten war, ließ sogar der Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialrates, Gary Kneip, seinen Gedanken freien Lauf und vertritt die Ansicht, dass es eigentlich genügen müsse wenn ausschließlich die Polizei, die Zollbeamten und die Magistratur unter dem öffentlichen Beamtenstatut eingestellt würden! Auf unseren Druck hin wurde die Tram zwar nicht europaweit ausgeschrieben, jedoch wurde ein „établissement public“ gegründet. Dabei sind der Staat und die

Stadt Luxemburg zwar die Inhaber, doch das Personal wird unter privatrechtlichem Statut eingestellt werden. FNCTTFEL-Landesverband und OGBL bleiben dabei: wenn das Personal nicht unter anständigen Bedingungen arbeiten kann, wird die Qualität der Dienstleistungen drastisch abnehmen!

Reform des Statuts ... eine reine Sparmaßnahme!

Bei dieser Reform nahmen sich sowohl die vorige als auch die aktuelle Regierung das Recht heraus ausschließlich mit der CGFP zu verhandeln. Trotz des OIT-Übereinkommens Nummer 151, das besagt, dass falls in einem Sektor eine Reform verhandelt wird, diese mit allen in diesem und den assimilierten Sektoren vertretenen Gewerkschaften verhandelt werden muss.

Die geplante Verlängerung der Probezeit von aktuell zwei auf drei Jahre, die Kürzung der Anfangsgehälter, sowie das Bewertungssystem sind alles schlicht und einfach Sparmaßnahmen! Diese für uns negative Reform passt nicht nur der Regierung in den Kram, sondern auch den Patronatsverbänden. Sie werden letztendlich bei den Verhandlungen die Kollektivverträge nach unten revidieren wollen. Ein Beispiel hierfür sind sicherlich die zuletzt geführten Verhandlungen beim ACL oder der Cargolux.

An der Zeit ...

Wer Sozialabbau wirklich verhindern, Liberalisierung und Privatisierung reell bekämpfen und öffentliche Dienstleistungen im Interesse der dort Beschäftigten und der Bürger stärken will, wählt bei den Berufskammerwahlen, Ende März, die Kandidatinnen und Kandidaten des FNCTTFEL-Landesverbandes und des OGBL.

Die Stärkung dieser beiden Gewerkschaften ist ein wichtiges Zeichen für das gemeinsame Vorgehen, für das Zustandekommen einer gewerkschaftlichen Einheitsfront gegen Sozialabbau, Auslagerung und Privatisierung. Nur der FNCTTFEL-Landesverband und der OGBL setzen auf gewerkschaftliche Einheit: gemeinsam vorgehen und solidarisch auftreten. „Eng staark Equipe“ für den öffentlichen Dienst!

Die Stärkung des FNCTTFEL-Landesverbandes und des OGBL bei den diesjährigen Berufskammerwahlen - Liste 5 beim Gemeindepersonal und Liste 1 bei den Angestellten des Staates - würde der Regierung unmissverständlich zu verstehen geben, dass die öffentlichen Bediensteten sich zur Wehr setzen!

Landesverband und OGBL: „Eng staark Equipe, fir dech!“

Unterredung mit dem Minister für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen

Den Druck erhöhen!

Am Mittwoch, den 11. März 2015 war eine Delegation des Landesverbandes bestehend aus vier Mitgliedern der Verbandsleitung (Jean-Claude Thümmel, Franky Gilbertz, Nico Wennmacher und Georges Merenz) beim Minister für Nachhaltigkeit und Infrastrukturen, François Bausch, um sich mit ihm über mehrere Anliegen auszutauschen. Minister Bausch wurde anlässlich dieser Unterredung von Félicie Weycker und Jeannot Poeker begleitet.

Jean-Claude Thümmel, der die Unterredung führte, dankte dem Minister für die Einladung und skizzierte die Themen, die in dieser Unterredung erläutert werden sollten: die Tram, das 4. Eisenbahnpaket, das Ausbildungszentrum der CFL, die RGTR-Linien, die Zugverbindung Thionville-Longwy, die P&R zusammen mit den grenzüberschreitenden Tarifen, die Mobilitätszentrale in der Großregion, die Gigaliner, die Eisenbahnlinie über den Kirchberg nach Findel und die Sicherheit in den Bahnhöfen und Zügen.

Tram

Im Projekt „Tram“ werden zurzeit die einzelnen Kandidaturen für die Lieferung der Züge selbst analysiert. Drei große Firmen haben ihr Interesse angemeldet und konkurrieren um den Auftrag. Darunter sind zwei sehr bekannte Firmen. Ende Mai wird die Prozedur abgeschlossen sein. Dann weiß man wer den Auftrag zur Lieferung der Züge erhält und wie die Tram wirklich aussehen wird. Der Minister teilte uns mit, dass die Kapazität der einzelnen Züge deutlich über den erwarteten Zielen liege. Die „kleinen“ Züge mit 45 Metern können immerhin 450 Passagiere fassen. Wir unterstrichen noch einmal, dass wir uns gewünscht hätten, dass die Trambedienten unter öffentlichem Beamtenstatut eingestellt worden wären. Ebenso gaben wir zu verstehen, dass wir uns Synergien mit den CFL hätten vorstellen können, was die Wartung der Tramzüge angeht.

4. Eisenbahnpaket

Das 4. Eisenbahnpaket ist ein Dauerbrenner und bereitet uns als Gewerkschaft weiter Kopfzerbrechen. Über die ETF verfolgen wir das Dossier sehr genau. Wir erkundigten uns beim Minister über den aktuellen Stand der Dinge, weil wir darauf hinweisen mussten, dass die Zukunftsstrategie der CFL auf einzelnen Punkten mit dem 4. Eisenbahnpaket anecken könnte. Minister Bausch ist ent-

schieden gegen das 4. Eisenbahnpaket. Mit ihm gehen zehn andere europäische Länder (darunter beispielsweise die baltischen Länder, Österreich, Slowenien) den Weg gegen das von der EU-Kommission beabsichtigte Vorhaben. Es wird gefordert, dass das aktuelle Weißbuch durch ein neues Weißbuch ersetzt werden soll um den aktuellen Gegebenheiten gerecht zu werden. In einem gemeinsamen Treffen zwischen den BENELUX-Ländern, Deutschland und Frankreich, war es Frankreich, das sich im Dossier des 4. Eisenbahnpaketes zögerlich verhalten hat. Der Minister versicherte uns, dass das 4. Eisenbahnpaket ein Hauptthema anlässlich der Luxemburger Präsidentschaft sein wird. **Wir als Landesverband, zusammen mit den der ETF angegliederten Organisationen, werden unseren Druck auf die EU-Kommission wohl deutlich erhöhen.**

Ausbildungszentrum der CFL

Das Ausbildungszentrum der CFL in Bonneweg macht uns als Gewerkschaft Sorgen. Dank unserem Druck wurde dieses Ausbildungszentrum geschaffen. Verschiedene CFL-Dienstzweige sind dabei die vom Ausbildungszentrum garantierten Ausbildungen auszugliedern und selbst zu veranstalten. Das berechtigt unsere Angst um das Ausbildungszentrum. Es geht uns um die Absicherung des „Centre de formation“, sowie das Anpassen der Bedürfnisse an die aktuellen Gegebenheiten. Der Minister konnte uns beruhigen, dass alles daran gesetzt werde, um das Ausbildungszentrum der CFL erhalten zu können.

Sparpaket

Das Sparpaket der Regierung hat so manch faden Beigeschmack was den öffentlichen Transport angeht. So zum Beispiel werden RGTR-Linien weggelassen, die wenig von Fahrgästen in Anspruch genommen werden. Minister Bausch versicherte uns, dass das Geld, das durch das Wegfallen von verschiedenen RGTR-Linien eingespart wird, in andere Linien investiert wird. Die Konvention zum RGTR-Netz wird im Jahr 2018 auslaufen. Danach wird zusammen mit den Gemeinden nach neuen, besseren Lösungen gesucht. Das RGTR-Netz soll künftig als Zubringerdienst zu den Bahnhöfen angesehen werden. Als Landesverband strichen wir einen positiven Punkt aus den 258 Sparmaßnahmen hervor: das Budget zwecks Kontrollen auf dem RGTR-Netz wurde auf 320.000 Euro aufgestockt. Das nötige CFL-Personal, das die Kontrollen durchführen wird, sollte natürlich zur Verfügung stehen.



Foto: Pitt Becker

P&R in Mersch, Wasserbillig und Rodingen

Bis Ende des Jahres 2015 wird Minister Bausch ein Gesetzesprojekt in der Abgeordnetenkammer vorlegen, das sich mit den P&R und den Tarifen in der Grenzregion beschäftigt.

In Mersch werden 450 Parkplätze eingerichtet, in Wasserbillig etwa 400 in und Rodingen erhöht man die Kapazität auf 1.500 Stellplätze. Luxemburg unterstützt die Initiative zum Bau eines P&R in Viville nahe Arlon. Auch die neue belgische Regierung macht Druck auf die SNCB das Projekt Viville voranzutreiben. Bis zum Sommer sollten die Arbeiten in den Arbeitsgruppen abgeschlossen sein, was die grenzüberschreitende Tarife angeht. 2016 will man mit dem Projekt in Viville starten. Bis zum Ende des Jahres 2015 wird die SNCB die Werkstätten in Viville geräumt haben.

Mobilitätszentrale der Großregion

Die Mobilitätszentrale in der Großregion war ein Erfolg was deren Gründung angeht. Leider fehlt derzeit das nötige Personal, das sich um die Internetplattform kümmert. Luxemburg ist bereit zu den Kosten beizutragen, will sie allerdings nicht alleine tragen. Bis dato hat sich kein Land bereit erklärt die Kosten mit zu übernehmen. Die Landesplanung wird damit befasst werden um nach einer Lösung für dieses Problem zu suchen.

Gigaliner kein Thema in Luxemburg

Die Gigaliner sind für den Luxemburger Minister kein Thema. Er bleibt kategorisch und widersetzt sich jeglichem Versuch diese Gigaliner in Luxemburg zu gestatten. Bis dato war es so, dass sich die Länder untereinander einigen mussten ob Gigaliner über ihre Autobahnen fahren dürfen oder nicht. Es wurde eine BENELUX-Regelung angestrebt, die aber vom Luxemburger Minister strikt abgelehnt wird. Die Niederlande sind nicht froh über diese Entscheidung, jedoch geht Luxemburg auf den Weg vieles von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Das begrüßen wir und sind mit Minister Bausch auf einer Linie.

Strecke Kirchberg-Findel

Wir haben dem Minister nochmals unterbreitet, dass wir der Ansicht sind, dass zumindest eine Trasse für die Eisenbahnstrecke über den Kirchberg nach Findel reserviert werden müsste. Es muss sich immerhin noch herausstellen ob die Tram die nötige Kapazität, was die Passagierzahl nach dem Flughafen angeht, gewährleisten kann. Minister Bausch erklärte uns, dass er versuchen wird diese Trasse nicht zu verbauen. Die Landesplanung wird mit dieser Thematik befasst.

Sicherheit

Durch den bedauerlichen Vorfall, der sich kürzlich in Kautenbach ereignete, kamen wir nicht umhin dem Minister mit auf den Weg zu

geben, dass die Sicherheit in den Zügen und in den Bahnhöfen eine unserer Prioritäten ist. Auf Druck des Landesverbandes haben die CFL bereits richtige Entscheidungen getroffen um die Sicherheit zu verstärken. Der Minister war mit uns einer Meinung, dass die Kameraüberwachung immer einige Diskussionen mit sich bringt, sie letztendlich aber zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Kunden beiträgt. Wir bekräftigten unsere Position indem wir klar sagten, dass die CFL mehr Personal für die Sicherheitsmannschaft braucht und eine flächendeckende Kameraüberwachung die Situation deutlich verbessern könnte.

Straßburg-Luxemburg-Brüssel

Die klassische Eisenbahnverbindung Straßburg-Luxemburg-Brüssel wird 2016 durch die Inbetriebnahme einer Hochgeschwindigkeitsverbindung Brüssel-Paris-Straßburg wohl noch weiter unter Druck geraten. Als Landesverband sind wir angesichts solcher Nachrichten nicht unbedingt begeistert. Allerdings wurde uns zugesagt, dass die CFL mit der SNCB über mögliche Lösungen nachdenkt. Bis die Strecke nach Brüssel an Fahrkomfort gewinnt, werden wir bereits das Jahr 2021 oder 2022 schreiben. **Auch hier werden wir als Landesverband den Druck erhöhen damit den Fahrgästen eine attraktive Lösung mit dem nötigen Fahrkomfort geboten werden kann.**

Franky Gilbertz

Generalversammlungen 2015

Sektor Eisenbahnen

Sektion Ateliers

Donnerstag, den 19. März 2015 um 16.15 Uhr im 2. Stock (Casino Syndical)

Sektion GI-EI & GI-MI

Donnerstag, den 26. März 2015 um 17 Uhr im 2. Stock (Casino Syndical)

Services Centraux

Montag, den 30. März 2015 um 16.30 Uhr im 2. Stock (Casino Syndical)

Sektor Öffentlicher Dienst

Sektion TICE

Sonntag, den 22. März 2015 um 10 Uhr in der „Lenger Stuff“ in Linger

Sektion AVL

Freitag, den 27. März 2015 um 19.30 Uhr im 2. Stock (Casino Syndical)

Vereinigungen

Wasserbillig

Freitag, den 20. März 2015 um 19 Uhr in der Brasserie (Aquarium) in Wasserbillig

Kleinbetingen-Mamer

Samstag, den 21. März 2015 um 15 Uhr im Restaurant „Bräiläffel“ in Kleinbetingen

Petingen

Samstag, den 28. März 2015 um 16 Uhr im Centre Culturel „A Rousen“ in Petingen

Ettelbrück

Samstag, den 28. März 2015 um 17 Uhr im „Am Hennesbau“ (15c, rue de la Fail) in Niederfeulen

Syrdall

Sonntag, den 29. März 2015 um 16.30 Uhr im Restaurant „Giorgio“ in Wecker

Ulfingen

Sonntag, den 29. März 2015 um 16 Uhr im Restaurant „Auberge Lamy“ in Ulfingen

Clerf-Kautenbach-Wiltz

Samstag, den 4. April 2015 um 16 Uhr im Restaurant „Auberge Michel Rodange“ in Wiltz

Esch/Alzette

Freitag, den 17. April 2015 um 18 Uhr im Restaurant „Beim Stadthaus“ in Schiffingen

Diese Liste wird in den kommenden Nummern aktualisiert und vervollständigt!

Bericht des „Comité Mixte“

Das „Centre de Formation“ liegt uns am Herzen

Der gemischte Betriebsrat trifft sich am 26. Februar 2015 zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr. Den Vorsitz hat Herr Marc Wengler, Generaldirektor. Nebst diesem sind folgende Direktoren anwesend: Herren Marc Hoffmann (EF), Henri Werdel (GI), Philippe Schrantz (RH) und Gilbert Schock (FI). Zudem wohnen Frau Laurence Zenner als Leiterin des Generalsekretariats und Frau Doris Horvath als Leiterin der QSE-Abteilung der Versammlung bei. Frau Martine Horsmans fungiert als Sekretärin.

Der FNCTTFEL-Landesverband ist vertreten durch die Kameradin Gaby Birtz und die Kameraden Guy Greivelding, Jean-Claude Thümmel, Claude Wanderscheid, Georges Merenz und Carlo Thissen. Der FCPT-Syprolux ist mit vier Delegierten anwesend.

In seinem Bericht zur Lage der CFL-Gesellschaft geht der Generaldirektor auf die großen Bauvorhaben ein. Die Arbeiten an der Hub-Plattform in Bettemburg schreiten wie geplant voran. Für 2016 wird mit der Inbetriebnahme der multimodalen Plattform gerechnet. Auch das neue Verwaltungsgebäude von CFL-Multimodal und CFL cargo wird 2016 fertig gestellt sein.

Im April 2015 werden die Arbeiten in Oberkorn, wo die Bahnübergänge 13 und 14 ersetzt werden, beendet sein und auch der neue Haltepunkt in Betrieb gehen. Die Abholzungsarbeiten zu den Bauvorhaben Haltestelle Kirchberg-Pfaffenthal (früher „Pont Rouge“) und neue Strecke Bettemburg-Luxemburg haben zum Jahreswechsel

begonnen. Für den Zeitraum von 2015 bis 2020 wird für den Bahnhof Differdingen ein neues Stellwerk geplant.

Im Vorjahr hat sich die Pünktlichkeit der Züge auf dem CFL-Netz gegenüber 2013 auf 93,9 Prozent verbessert.

Erfreulicherweise kann Frau Doris Horvath in ihrem Sicherheitsbericht für 2014 einen deutlichen Rückgang der Arbeitsunfälle bei den CFL vermelden. Noch immer machen die Stolperunfälle mit 30 Prozent den größten Posten in der Unfallstatistik aus. Bedingt durch den hohen Wildschweinbestand in Luxemburg haben Zwischenfälle mit diesen Tieren auf dem CFL-Netz seit letztem Herbst stark zugenommen. Auch die Präsenz von Hausvieh auf dem Schienennetz ist 2014 häufiger geworden.

Zukunft des „Centre de Formation“

Die Personalseite hat für diese Sitzung die Zukunft und Ausrichtung des CFL-eigenen Schulungszentrums (Centre de Formation) auf die Tagesordnung gesetzt. Das Zentrum war als Resultat der Verhandlungen innerhalb der Eisenbahn-Tripartite entstanden. Das Ziel war es, die Ausbildung der Eisenbahner innerhalb der CFL zu behalten, um die Qualität der Ausbildung und damit auch die Sicherheit des Bahnbetriebes gewährleisten zu können. Die Gewerkschaften befürchten nun aber eine „Ausblutung“ dieser wichtigen Institution. Auch die Generaldirektion ist sich der Wichtigkeit der Ausbildung bewusst. Es wird beschlossen, in einer gesonderten Sitzung speziell über das Schulungszentrum zu diskutieren. Es stellt sich des Weiteren das Problem der Unterbringung des Zentrums, da das jetzige Gebäude

dem Tramprojekt weichen muss. Leider lässt das großherzogliche Reglement bezüglich der Zertifizierung des Schulungszentrums noch immer auf sich warten.

Fortbestand des „Triage“ Bettemburg

Aufgrund von Gerüchten wollten die Personalvertreterinnen und Personalvertreter auch über das Weiterbestehen des Rangierbahnhofs Bettemburg sprechen. Zurzeit gebe es keine Pläne, die Bremsanlage in Bettemburg abzumontieren. Es könne sich aber in naher Zukunft das Problem der Ersatzteilbeschaffung für diese Anlage aus den 1980ziger Jahren stellen. Da ein kompletter Austausch der Anlage eine große finanzielle Investition darstellt, wird letztere vom zukünftigen Transportaufkommen abhängen. Es muss auch abgewartet werden, welche Auswirkungen die Inbetriebnahme der neuen multimodalen Plattform auf den Rangierbahnhof haben wird. Es wird mitgeteilt, dass es nicht geplant ist die militärische Laderampe im Bahnhof Diekirch abzureißen.

Zwischenbilanz des Konzepts „Accueil Voyageurs“

Direktor Marc Hoffmann stellt der Versammlung eine Zwischenbilanz des neuen Konzepts „Accueil Voyageurs“ vor. Außer in Oberkorn (baustellenbedingt) sind derzeit an allen CFL-Bahnhöfen und Haltestellen Fahrkartenautomaten in Betrieb. Dies bedingt, dass in den Fahrkartenschaltern der 2. Kategorie der Verkauf mehr oder weniger rückläufig ist. Nur der Schalter in Rodingen bildet hier eine Ausnahme (+38 Prozent). Leider hält sich der Verkauf von internationalen Fahrkarten in diesen Schaltern auf einem bescheidenen Niveau. Auf die Frage nach



Foto: Romain Degeest

dem Fahrkartenautomaten im belgisch-luxemburgischen Grenzbahnhof Athus antwortet der Direktor EF, dass es eigentlich nicht vorgesehen ist, einen CFL-eigenen Automaten hier aufzustellen, aber es werde versucht, den Vertrieb von internen luxemburgischen Billets mittels des Automaten der SNCB zu ermöglichen. Die Personalseite verlangt zudem, dass auch über die Organisation des Schalters in Echternach diskutiert werden müsse, besonders was die Touristensaison betrifft. Der Verkauf von Fahrkarten via SMS oder Internet ist zurzeit unbedeutend. In der Haltestelle Schifflingen wird seit letztem Jahr der Verkauf durch einen Dritten abgefertigt, in Diekirch wird das ab dem 1. März 2015 auch der Fall sein. Für den Schalter in Düdelingen-Stadt wird noch immer nach einem Interessenten gesucht. In Clerf ist die Ge-

meindeverwaltung nicht an einer Übernahme interessiert und in Wiltz sind die Renovierungsarbeiten am Bahnhofsgebäude hinsichtlich der Übernahme im Gange. Schließlich informiert Herr Marc Hoffmann, dass am Hauptbahnhof Luxemburg ein Schnellinformationsstand geplant ist.

Was die Kamera am Schulungscontainer des MI-Dienstes in Bettemburg betrifft, wird festgehalten, dass diese, obschon sie nur zu Schulungszwecken dient, nicht dauerhaft installiert ist, aber trotzdem registriert. Eine Genehmigung bei der nationalen Datenschutzkommission ist einzuholen.

Carlo Thissen

Kommentar A wie ...

Nicht ohne!



Die globale Krise, die 2008 ausgelöst wurde, hat die Welt in ein enormes Beschäftigungsdefizit gestürzt. Die Weltwirtschaft wird bedeutend weniger wachsen als uns vorgegaukelt wurde. Dieser negative Trend in der Weltwirtschaft bringt andere Schwierigkeiten mit sich. Der soziale Frieden leidet erheblich. Die Arbeitslosigkeit steigt auf Rekordhöhe. Im Jahr 2014 waren über 201 Millionen Menschen weltweit ohne Arbeit. Im Jahr 2015 könnte sich diese Zahl auf 204 Millionen erhöhen. Bis 2019 erwarten Experten, dass sich nochmals acht Millionen Arbeitslose mehr auf unserem Globus befinden. Etwa 61 Millionen Arbeitsplätze sind seit der Krise verschwunden. Keine guten Aussichten!

74 Millionen junge Menschen

Die Jugendarbeitslosigkeit gibt uns sehr zu denken. Etwa 74 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren waren im Jahr 2014 auf der Suche nach einem

Job. Aus Studien kann man herauslesen, dass die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen, eben zwischen 15 und 24 Jahren, dreimal höher ist als die Arbeitslosenrate bei den Erwachsenen. Das sind erschreckende Zahlen!

Diese enorme Arbeitslosigkeit – übrigens auch im europäischen Raum – bringt mit sich, dass immer mehr, und somit immer jüngere Menschen, unter extremer Armut leiden. Das verwundert nicht, wenn man weiß, dass ein Prozent (!) der Weltbevölkerung alleine soviel Reichtum besitzt wie die anderen 99 Prozent zusammen. Diese Feststellung darf keine Erklärung für die augenblickliche Situation sein.

Weltweit gibt es eine große Ungleichheit was die Einkommen angeht. Die reichsten zehn Prozent besitzen 30 bis 40 Prozent des gesamten Einkommens, während auf die ärmsten zehn Prozent nur zwei Prozent des Gesamteinkommens zurückfallen. Das weckt so manche Gedanken und beweist, dass in verschiedenen Gebieten der Welt der Mensch als wertlose Arbeitskraft eingestuft wird. Dabei hat die Arbeit, die dieser Mensch verrichtet, einen deutlichen Mehrwert. Doch dieser Mehrwert kommt demjenigen, der jeden Tag arbeitet nicht zugute, sondern den Bonzen, den Herrschern der Weltwirtschaft. Das trifft nicht nur auf Gebiete zu, die weit von uns entfernt liegen. Im Gegenteil! Auch in Europa kämpfen die Gewerkschaften täglich gegen Sozial- und Lohndumping.

Die Liberalisierungs- und Globalisierungswelle hat großen Schaden angerichtet. Und sie wird auch weiterhin verheerende Schäden anrichten, wenn nicht schlagartig ein Umden-

ken der Politik herbeigeführt wird. In Europa, aber auch außerhalb von Europa, treiben Austeritätspolitiken die Länder in den Abgrund. Die Prognosen zu Reformen, Programmen und anderen Politikstilen sind im Vorfeld immer positiv und versprechen immer dasselbe: mehr Wachstum, mehr Arbeit. Doch die Erfahrung belehrt uns eines Besseren!

Darum werden wir nicht müde auf die Gefahren hinzuweisen, die uns aktuell bevorstehen. Durch die Verhandlungen zu TTIP, TiSA und CETA drohen uns in Zukunft noch dunklere Zeiten. Das vorausgesagte Wachstum laut einer CEPR-Studie von 0,48 Prozent ist Mumpitz! Denn diese Zahl versteht sich (vielleicht) bestätigt auf zehn ganze Jahre. Ergo, schlägt der reelle Wachstumschub mit nur 0,048 Prozent jährlich zu Buche. Will man uns für dumme verkaufen? Es ist bedenklich, wenn die Unterschriften von weit über 1,5 Millionen Menschen nicht ernst genommen werden. Merkel und Hollande machen Druck auf die Kommission, dass die Verhandlungen schnell abgeschlossen werden sollen. Soweit zur Definition von „partizipativer Politik“. Doch damit nicht genug. Beleuchtet man die Zahlen auf dem Weltarbeitsmarkt im Detail, dann kann man feststellen, dass die hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit vor allem Frauen betrifft. Man kann ebenfalls erkennen, dass der Prozentsatz der weiblichen Beschäftigten, die aus dem Arbeitsmarkt herausfallen, höher als die der männlichen Arbeitnehmer ist. Das ist darauf zurückzuführen, dass Frauen zeitlich aus dem Berufsleben ausscheiden um ihre Kinder zur Welt zu bringen und sie zu erziehen.

Ist das normal, dass dadurch die Frauenarbeitslosigkeit weltweit höher ist als die Arbeitslosigkeit bei den Männern? Da wäre es doch von Nöten greifende Programme zu erstellen, die den Frauen nach ihrer Erziehungszeit den Weg zurück in die Arbeitswelt erleichtern. Oder auch anders: man könnte Programme einführen, die beide Partner sensibilisieren sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern. Immerhin braucht der Staat keine Kosten zu übernehmen, wenn die Eltern selbst für die Erziehung ihrer Kinder einstehen. Warum erschwert man ihnen dann noch den Weg zurück in die Arbeitswelt?

Soziale Selektivität!

Und genau in diesem Punkt muss man zurzeit in Luxemburg die Ohren gespitzt halten. Es wird über eine Flexibilisierung des Elternurlaubs gesprochen. Dem Dachverband der Unternehmer ist es ein Dorn im Auge, dass einem bei verkürztem Elternurlaub (vier Monate) der Betrag zusteht, den man in sechs Monaten Elternurlaub erhalten würde (etwa 2.281 Euro). Der Unternehmerverband zeigt sich empört und argumentiert, dass man im Elternurlaub nicht mehr Geld erhalten dürfe, als wenn man regulär arbeiten würde. Das ist soziale Selektivität der überelbsten Sorte! Das werden wir als Gewerkschaften nicht dulden.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig die Gewerkschaften zu stärken. National, europaweit und auch weltweit. Denn ohne den Einsatz der Gewerkschaften wären wir Lohnabhängige wohl nichts weiter als eine relativ wertlose Ware.

Franky Gilbertz

Arbeitslosigkeit. Wenn man sich die Definition des Wortes Arbeitslosigkeit genauer ansieht, dann stellt man fest, dass sie zwei Bedeutungen haben kann. Einerseits ist mit Arbeitslosigkeit das Fehlen bezahlter Beschäftigung gemeint. Man kann mit Arbeitslosigkeit aber auch das Fehlen menschlicher Arbeit überhaupt ausdrücken. Die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen ist nicht nur eine nationale Herausforderung, sondern europä- und weltweit kämpft man gegen die Arbeitslosigkeit an. Besonders junge Menschen sind betroffen. Die Gewerkschaften rund um den Globus erklären, dass mit Austeritätspolitik sicherlich keinem geholfen ist. Im Gegenteil! Wenn die Politik ihren Kurs – der nichts anderes ist als ein Sparkurs an falscher Stelle – nicht schleunigst ändert, dann wird die Arbeitslosigkeit nie abnehmen. Die Austeritätspolitik wird in Europa von der EU-Kommission verlangt. Als Gewerkschaften kennen wir das Resultat. Länder werden immer weiter in die Enge getrieben bis die Blase platzt. Beispiele gibt es genug: Griechenland, Spanien, Portugal, Italien... Wie viele sollen noch hinzukommen? Zeit für einen radikalen Wechsel des Politikstils. Zeit für den endgültigen Kampf gegen die „schwarzen Männer“ aus IWF, EZB und EU, genannt „Troika“!

Franky Gilbertz

Redaktionsschluss für die nächste Nummer des

"Le Signal"

Dienstag, 31. März 2015

Réunion avec la Chargée de Gestion du service AV

Appel au respect des droits des agents PAT!

La réunion récente de la délégation du personnel du service AV s'est tenue en date du mardi 3 mars 2015 à la salle de formation de la gare d'Esch-Alzette. Le FNCTTFEL-Landesverband était représenté par les délégués Bernadette Thommes et Georges Melchers.

Informations générales de la Chargée de Gestion

La Chargée de Gestion informe les délégués que 218 demandes d'explications écrites avaient été établies au cours de l'année 2014. Les causes majoritaires étaient: - des prises de service tardives - des négligences de service - des échecs à un examen.

Cette année, 24 agents PAT ont reçu une demande d'explications écrites. L'ACF fait des audits pour les réseaux étrangers. La Chargée de Gestion est informée sur le fait que les avis-trains de la ligne 30 sont incomplets. Les agents PAT sont obligés à se renseigner à plusieurs reprises auprès du conducteur d'engins moteurs.

Nouveau concept clients

Suite à un manque de personnel, le guichet de la gare de Clervaux ne sera pas occupé pendant les après-midis. Un point d'information sera installé et sera occupé par deux tours de service. Une analyse des ventes des titres de transport sera faite.

Local de service à Kautenbach

Dû à l'attente prolongée du personnel PAT en gare de Kautenbach, les délégués ont demandé d'installer un local de service. La Chargée de Gestion informe que cette demande sera réalisée.

Bagages de service

Pour éviter que le courrier de service traîne pendant des heures dans le train, les délégués ont exprimé le souhait que l'information qu'un acheminement de courrier de service est prévu soit indiquée sur leur feuille de travail «Rail-Opt». Ce point sera amélioré.

Cash-Point

Les responsables nous informent que la vente de billets avec l'appareil de contrôle «Casio» sera réalisée probablement pour le mois

d'avril. Un compte-client est créé sur l'appareil «Cash-Point» avec le but que le personnel PAT puisse directement verser les différences de caisse.

Les délégués sont d'avis que les journées de formation doivent avoir lieu pendant les jours de formation prévus dans les roulements de service. S'il y a un changement de leur tour de service, il est utile d'en informer les agents en temps utile.

Gare de Troisvièrges

La gare de Troisvièrges est une gare frontière où un agent d'accueil respectivement un chef de surveillance fait défaut. Les délégués demandent qu'un tel poste soit créé et que cette demande soit transmise aux responsables du service GI-EI. Le Landesverband est d'avis qu'il y a plusieurs arguments qui justifient un tel agent.

Permis SNCF et SNCB

Les délégués se renseignent si un agent PAT démuné d'un permis SNCB ou SNCF a le droit d'établir et de signer le bulletin de freinage pour le réseau pour lequel il n'est plus en possession de permis. La Chargée de Gestion se renseignera auprès des responsables.

Affectation d'un agent inapte à un autre poste

Les délégués aimeraient obtenir des explications sur la procédure d'affectation à un autre poste d'un agent définitivement inapte au service. La Chargée de Gestion explique que cette procédure est bien définie et que le service AV respectivement le service RH essayeront d'affecter les agents concernés à d'autres postes.

Cartes impersonnelles 1^{re} classe pour les agents REQ

Les responsables d'équipe ont le désir de recevoir des cartes impersonnelles pour la 1^{ère} classe, suite aux missions qu'ils sont obligés effectuer. L'adjoint nous explique que pendant l'exécution de leur service les REQ ne sont pas considérés comme des clients. Par conséquent, cette carte est superflue.

Train 119

Les délégués ont le désir que le train 119 soit renforcé par un deuxième chef de train suite à la com-

position de six voitures SNCB et à l'occupation intense de ce train. La Chargée de Gestion assure qu'une solution y relative sera trouvée.

10 heures de travail

Les délégués informent la Chargée de Gestion que le bureau de planification des roulements envisage d'étendre éventuellement certains tours de service au maximum d'amplitude, à savoir environ dix heures. Cette réflexion est due à un manque de personnel. Le Landesverband s'oppose de façon formelle à la réalisation d'un tel projet. Le risque du dépassement de ces dix heures d'amplitude en cas de retard d'un train à assurer par un agent PAT et de toute façon imminent. La Chargée de Gestion est surprise de cette information. Le projet ne sera pas réalisé.

Tableaux de service

Vu la forte demande des agents PAT, le Landesverband revendique que le tableau des roulements ainsi que les tableaux de service sous forme de classeur soient mis à disposition dans la salle de séjour.

La question des tableaux de service a été mise sur l'ordre du jour de la prochaine réunion de la Délégation Centrale du personnel. Le Landesverband reste déterminé et revendique les tableaux de service prévus par les conditions de travail!

Automotrice KISS

Les délégués expliquent qu'en matinée les premières automotrices du type «KISS» au départ de Trèves se trouvent souvent dans un état non-présentable et que quatre automotrices ont des problèmes avec l'installation de sonorisation. Les responsables du service TM seront informés.

La Chargée de Gestion informe qu'un désinfectant pour les mains dans les toilettes sera installé dans le bâtiment PAT à Luxembourg. Des paniers avec des fruits frais seront mis à la disposition dans les salles de séjour sous peu.

La prochaine réunion avec Madame la Chargée de Gestion est prévue pour le 18 juin 2015.

La délégation du service AV

Délégation AV

Un engagement pour le personnel des guichets!

La réunion récente de la délégation du personnel du service AV s'est tenue en date du mardi, 3 mars 2015 dans la salle de formation de la gare d'Esch-Alzette. Le FNCTTFEL-Landesverband était représenté par les délégués Bernadette Thommes et Georges Melchers.

Guichet en gare de Rodange

Les délégués demandent l'installation d'une interphonie au guichet de la gare de Rodange afin que la communication entre les clients et le guichetier soit plus aisée. Le guichetier de la gare de Rodange ne dispose pas d'une sortie de secours. La chargée de gestion essaiera de trouver une solution.

Formation du personnel «pool»

Selon la chargée de gestion, la plupart des nouveaux stagiaires de la carrière M qui faisant partie du «pool» au sein des guichets internationaux et du call-center de la gare de Luxembourg auraient suivi une formation pratique. Les autres stagiaires participeraient à une formation pratique dans les meilleurs délais.

Nouveau concept des gares

Les délégués rendent la chargée de gestion attentive que les guichetières et guichetiers se sont inquiétés suite au manque d'information du stade d'avancement du «nouveau concept des gares». La chargée de gestion explique qu'une nouvelle classe est embauchée pour le 1^{er} juillet 2015. Suite à un manque de personnel, le guichet de la gare de Clervaux ne sera pas occupé pendant les après-midis. Un point d'information sera installé et occupé par deux tours de service. Une analyse des ventes des titres de transport sera faite. Les délégués expriment le désir que tous les guichets soient équipés d'une photocopieuse et d'un scanner.

Sous «divers» le point suivant a été discuté:

Les agents du bureau «Jumbo» ont exprimé le désir que l'indemnité de caisse soit adaptée à celle d'un agent du guichet de la gare de Luxembourg.

La prochaine réunion avec Madame la Chargée de Gestion est prévue pour le 18 juin 2015.

La délégation du service AV



Foto: Philippe Hoffmann

Note à tous les Services

Règlement des émoluments au personnel

Le personnel est informé, que pour l'exercice 2015, les comptes-courants auprès des instituts financiers seront crédités des traitements, pensions, salaires et primes selon le calendrier des DATES VALEUR ci-dessous :

Dates VALEUR CREDIT des émoluments:

lundi, le 30 mars 2015

mardi, le 29 septembre 2015

mercredi, le 29 avril 2015

jeudi, le 29 octobre 2015

jeudi, le 28 mai 2015

vendredi, le 27 novembre 2015

lundi, le 29 juin 2015

mercredi, le 30 décembre 2015

jeudi, le 30 juillet 2015

vendredi, le 28 août 2015

Les bulletins de paie parviendront aux services d'attache, en principe, trois jours ouvrables avant le dernier jour de travail de chaque mois.

Le Chargé de Gestion du service Finances et Contrôle de Gestion,
G. Schwininger

Note à tous les Services

Cotisation pour la Chambre des Salariés

Le personnel est informé que la cotisation pour l'exercice 2015 au profit de la Chambre des Salariés est fixée comme suit:

31 euros pour le personnel en activité de service aux CFL à la date du 1^{er} mars 2015 ainsi que pour les ex-agents en situation de préretraite ou de retraite

4 euros pour les apprentis

Le prélèvement de la cotisation sera opéré sur les émoluments du mois de mars 2015.

Le Chargé de Gestion,
(S) R. FORMAN



SEW

FNCTTFEL

Landesverband

Solidaresch
Engagéiert
Wäitsiichteg



Kategorie G
Chargés de cours,
Chargés d'éducation
a Chargés
d'enseignement

wielt

Löscht

1

Wale fir d'Chamber vun de Fonctionnaires an öffentliche Employéen

Dräi Grënn, d'Lëscht vum SEW ze wielen



Lëscht

1

Den SEW ass den Nerv vun der Bewegung fir déi öffentliche Schoul!

Et waren ëmmer erëm d'Membere vum SEW, déi den Asaz vun de Enseignantë fir déi öffentliche Schoul an hire Beruff ugestouss a gestärkt hunn.

- Dat war esou bei der Bewegung fir d'Erhale vun der Qualitéit vun eisem Schoulsystem.
- Dat war esou géint de Reformprojet vum Secondaire, deen doduerch an enger éischter Etapp gestoppt gouf.
- Dat war esou am Fondamental, wou et dem SEW gelongen ass d'Cogestioun an d'Comité des écoles an d'Gesetz ze kréien, wou den SEW d'Initiativ géint d'Kompetenzbilane lancéiert huet a wou den SEW sech zesumme mat de Studenten an de Chargés de cours fir e sënnvolle Stage fir de Fondamental asetzt.
- Dat war esou beim Kampf géint eng schlecht preparéiert Reform vum Berufsunterrecht, wou elo zumindest engem Deel vun eise Fuerderungen an engem neie Gesetzprojet Rechnung gedroe gëtt.
- Dat war esou beim Widerstand géint d'Reform vum Staatsbeamtestatut, deen awer leider vun enger Gewerkschaft torpedéiert ginn ass, well si dës schlecht Reform mat ausgehandelt huet a se och weiderhin dréit.
- Dat ass och elo erëm esou, wou am Numm vun der Regierung hirem "Zukunftspak" d'Aarbeitszäit vun den Enseignante massiv soll erop gesat ginn, a wou den SEW eng dreiwend Kraaft ass fir dëst ze verhënnere.

Den SEW verbënnt all Schoulberäicher mateneen!

Well den SEW d'Enseignanten an d'edukatiivt Personal aus allen Ordres d'enseignement regroupéiert, verbënnt en déi verschidde Beräicher mateneen. Esou kënnen d'Vertreieder vum ganze Schoulpersonal enk zesummeschaffen a sech zesumme wieren, amplat sech ee géint deen aneren ausspillen ze loossen!

Den SEW ass e fräit Syndikat an enger grousser Gewerkschaft!

Als Berufssyndikat vum OGBL huet den SEW net nëmme absolut Handlungsfreiheet a sengem Beräich. E kann och déi finanziell a personell Méiglechkeeten an dee groussen Afloss vum OGBL mat senge 70.000 Memberen an Usproch huelen. Déi, di vun hirer Aarbecht liewen, sinn zesumme méi staark ewéi wann se sech opspéckle loossen a sech eng schiele Konkurrenz liwweren!

Dofir!

- Gitt wielen an denkt un dat wat an deene leschte Joere passéiert ass!
- Gitt är Stëmm deenen, déi - grad esou wéi dir - all Dag Schoul halen, déi sech fir är Intressen asetzen, déi d'Basis mat abezéien an déi net bereet sinn, faul Kompromësser anzegoen!
- Gitt är Stëmm deeër Gewerkschaft, déi d'Personal aus allen Ordres d'enseignement regroupéiert an déi di néideg finanziell Méttelen huet fir iech ofzesécheren an d'öffentlech Schoul efficace ze verteidegen!

Gitt är Stëmm der Lëscht vum SEW!

ÄR KANDIDATINNEN A KANDIDATEN AN DER KATEGORIE G

De Landesverband an den SEW/OGBL schaffen als fräi Gewerkschaften enk zesummen, och fir d'Chargéen. An deen Zesummenhalt ass eis Stärkt an dorop zielen ech.



Isabelle BICHLER
Chargée de cours an der Grondschoul zu Hiefenech
Présidentin vun der Enseignementssektioun vun der FNCTTFEL - Landesverband

Als jonken diploméierte Schoulmeeschter, ass et wichteg sech direkt schonn no de Studie gewerkschaftlech ze engagéieren. Beim SEW/OGBL hunn och déi Jonk eng Stëmm.



Marvin CALDARELLA WEIS
Chargé de cours an der Grondschoul an der Gemeng Walfer
Member vum Comité vum Grondschuldepartement vum SEW/OGBL
Member vum Comité vun der OGBL-Jugendofdeelung

Solidaresch mat de Chargéen: dat geet nëmme zesummen am SEW/OGBL. Fir eng transparent Educatiounspolitik an d'Gläichstellung vun den Diplomer mat den aneren Employés publics.



Danielle WEIRIG
Chargée d'éducation am Lycée Perl-Schengen
Member vum Comité vum Secondairesdepartement vum SEW/OGBL

Säit 2002 kämpfen ech well fir méi eng gerecht Behandlung vum Chargé d'éducation/ d'enseignement a genau domat fären ech viran.



Marc ZOENEN
Chargée d'éducation am Lycée du Nord zu Wolz
Member vum Comité vum Secondairesdepartement vum SEW/OGBL

Mir setzen eis an der Grondschoul a fir ...

... dass fir déi selwecht Aarbecht déi selwecht Aarbeitskonditiounen gëllen.

Duerfir fuedere mir ...

- ... d'Upassung vun der Tâche vun de Chargéen un d'Tâche vun de Brevetéierten.
- ... eng verbessert Kommunikatioun tëschent den einzelnen Enseignantsgruppen. Fir e konstruktivt Schaffen am Interêt vun de Schüler ze erméiglechen, d'äerfen d'Enseignantë net géinteneen ausgespillt ginn.
- ... dass de Chargé eng Kontinuitéit a senger Aarbecht gesäit. Et ass wichteg, datt eis Kanner net all Joer engem Wiessel vum Personal ausgesat sinn.
- ... en zweete Bildungswee fir d'Chargéen, déi am Déngscht vun der öffentlecher Schoul schaffen. Keng nei Chargéë méi, mee déi jëtzege Chargéë mussen d'Chance kréien, hire Schoulmeeschterdiplom kënnen nozehuelen.
- ... dass de „Stage d'entrée en fonction“ nom packe vum Concours sënnvoll gestallt gëtt. Vill Chargéen hunn ewell vill Berufserfahrung gesammelt. Wann de Stage kënn, da soll en zumindest sënnvoll an hëllefträich sinn, an net „double emploi“ bidden.

Mir setzen eis am Secondaire a fir ...

... dass fir déi selwecht Aarbecht déi selwecht Aarbeitskonditiounen gëllen.

Duerfir fuedere mir ...

- ... d'Upassung vun der Tâche vun de Chargés d'éducation/d'enseignement un d'Tâche vun deenen aneren Enseignanten am Secondaire.
- ... dass de Chargé d'éducation/d'enseignement am Secondaire säi Bachelor/Master-Diplom sou unerkannt kritt wéi déi aner Employéë mat Bachelor/Master-Diplom beim Staat
- ... transparent Prozedure beim Concours a beim „Stage d'entrée en fonction“.

Lëscht

1

Wéi gëtt gewielt?

Et ginn zwou Methoden:

Entweder de Krees schwärzen oder e Kräiz an de Krees iwwert deeër Lëscht maachen: sou kritt all Kandidatin an all Kandidat vun deeër Lëscht eng Stëmm, oder är 4 Stëmmen op d’Kandidatinnen a Kandidate verdeelen andeems een e Kräiz an eng oder déi zwou Casen hannert dem Numm vum jeeweilige Kandidat mécht.

Opgepasst: Dir dierft net méi ewéi 4 Stëmmen verginn. Dir dierft och net de Krees schwärzen oder e Kräiz dra maachen an nach individuell Stëmmen verdeelen. A béide Fäll wär äre Walziedel ongültig.

Prozedur fir zrëckzeschécken:

1. Leet äre Walziedel an d’Enveloppe «Elections pour la Chambre des fonctionnaires et employés publics » a maacht se zou.
2. Leet dës Enveloppe an déi mat der Adress vum President vum Walbureau, maacht déi zou a werft se bis spéitsdens den 29. März an eng Bréifkëscht oder drot se op d’Post.

Kategorie G
Chargés de cours, Chargés d’éducation
a Chargés d’enseignement
Lëscht 1



**Gitt jiddefalls wien!
Fir dass der gutt vertrauede gitt:
verbëtz är Stëmm net
a wiert nëmmen den SEW/OGBL!**



| | | |
|------------------------|--|--|
| Bichler Isabelle | | |
| Caldarella Weis Marvin | | |
| Weirig Danielle | | |
| Zoenen Marc | | |

Thomas Fritz analysiert das Handelsabkommen TTIP

TTIP, eine ernst zu nehmende Gefahr

Beim TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) handelt es sich um ein weitreichendes Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Dabei geht es primär nicht, wie früher üblich bei solchen Verträgen, um die Zölle, die mit Ausnahme der Landwirtschaft, eh auf niedrigem Niveau sind. TTIP hat zum Hauptziel, den Abbau von nicht tarifären Hindernissen, also von technischen Standards und Zulassungsvorschriften, wie zum Beispiel Umwelt- und Sozialstandards, Verbraucher-, Daten- und Arbeitnehmerschutz. Von den acht fundamentalen Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation haben die USA nur deren zwei ratifiziert. Ein Unterschreiben der restlichen sechs wird von den USA nicht in Erwägung gezogen!

Wozu das Ganze?

Dank TTIP soll es laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie (IFO-Studie) über einen Zeitraum von zehn Jahren ein zusätzliches Wachstum von 4,8 Prozent geben, was ein Jahreswachstum von nicht einmal 0,5 Prozent ergibt.

Dieses Wachstum würde laut der CEPR-Studie – die allerdings nur von 0,48 Prozent Wachstum innerhalb zehn Jahren spricht – jedem Durchschnittshaushalt monatliche Mehreinnahmen von 545 Euro bescheren. Bei diesen Zahlen



Thomas Fritz

wird die ungleiche, also die ungerechte Umverteilung des geschaffenen Reichtums, nicht berücksichtigt. Ein Großteil dieser Gelder wird im Besitz der transnationalen Konzerne verbleiben. Siehe „Luxleaks“.

Des Weiteren, berücksichtigt die Studie nicht die Mehrkosten für die Gesellschaft bedingt durch das Herabsetzen von Umweltstandards. Die Umweltkosten werden von den Konzernen auf die Gesellschaft umgewälzt. Höhere Umweltverschmutzung fördert zusätzliche Erkrankungen und folglich Mehrkosten für unsere Gesundheitssysteme, um nur ein Beispiel zu nennen.

Es ist weiter zu bedenken, dass die Intensivierung des Handels zwischen der EU und den USA nicht ohne Folgen auf den Handel mit anderen Ländern bleiben wird. Produkte und Dienstleistungen, die wir in Zukunft aus den USA beziehen, werden zu Einnahmeverlusten in Drittländern führen. Vor allem Entwicklungsländer werden darunter zu leiden haben.

Investitionsschutz

TTIP beinhaltet einen Investitionsschutz, wie schon das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA. Letzteres wurde Ende letzten Jahres für die EU von Ratspräsident van Rompuy und vom Kommissionspräsidenten Barroso unterschrieben. Das Abkommen muss noch den Ratifizierungsprozess durchlaufen, ehe es rechtskräftig wird. Sowie bei TTIP, ist noch unklar, ob die Ratifizierungen aller 28 EU-Mitgliedsländern erforderlich sind oder, ob die Zustimmung des Europäischen Rates und des EU-Parlamentes reicht. Für uns als FNCTFEL-Landesverband ist es offensichtlich, dass ein Abkommen mit dieser Tragweite, die Zustimmung aller EU-Länder erfordern müsste. Es ist nicht annehmbar, dass die demokratisch legitimierten Organe übergangen werden. Der Investitionsschutz räumt US-Konzernen die Möglichkeit ein, ein Schiedsgericht anzurufen, jedes Mal wenn sie der Ansicht sind, dass sie Gewinneinbußen erlitten haben oder erleiden könnten, bedingt durch politische Entscheidungen eines EU-Mitgliedstaates. Diese Schiedsgerichte unterstehen keiner demokratischen Kontrolle. Sie setzen sich aus drei Schiedsrichtern zusammen, wobei jede Partei einen nennen darf. Bei den Schiedsrichtern handelt es sich um Anwälte großer Anwaltskanzleien, die tendenziell eher den Konzernen nahestehen, als den angeklagten Ländern.

In der Vergangenheit hat es schon viele schlechte Erfahrungen mit solchen Schiedsgerichten gegeben. So hatte Vattenfall Hamburg im Falle eines Kohlekraftwerkes

Question parlementaire

Congé pour raisons de santé

Monsieur le Président,

Conformément à l’article 80 du règlement de la Chambre des Députés, je vous prie de bien vouloir transmettre la question parlementaire suivante à Monsieur le Ministre de l’Intérieur et de la Fonction publique.

Les dispositions du règlement grand-ducal du 21 octobre 1987 concernant le temps de travail et les congés des fonctionnaires communaux, tel qu’il a été modifié, dispose dans son article 16, que le fonctionnaire empêché d’exercer ses fonctions par suite de maladie ou d’accident doit en informer d’urgence son supérieur hiérarchique et solliciter un congé pour raisons de santé.

Contrairement à ce qui est prévu pour les salariés, «ce congé est accordé sans production d’un certificat médical pour une période de trois jours consécutifs au plus. Pour toute incapacité de travail dépassant trois jours le fonctionnaire doit présenter un certificat mentionnant la durée de l’incapacité de travail, le lieu de traitement (domicile ou hôpital) et, le cas échéant, les heures de sortie.» L’article 16 du règlement précise encore que «le certificat médical prend cours le jour de sa délivrance.»

Or, il y a des responsables communaux qui aimeraient déroger à ces dispositions en exigeant un certificat médical pour des congés pour raison de santé d’un jour, de deux jours ou de trois jours consécutifs.

Dans ce contexte, j’aimerais savoir de Monsieur le Ministre de l’Intérieur et de la Fonction publique, selon quel droit une autorité communale pourrait déroger aux dispositions d’un règlement grand-ducal, qui dispose qu’un congé pour raison de maladie congé «est accordé sans production d’un certificat médical pour une période de trois jours consécutifs au plus»?

Une telle volonté de déroger à une disposition réglementaire prise en exécution d’une loi, me semble d’autant plus douteuse, que le même règlement grand-ducal prévoit, dans son article 18, d’autres instruments et procédures de contrôle pour éviter les abus qui pourraient se produire lors d’une telle absence de courte durée, à savoir: «Le collège des bourgmestre et échevins peut faire procéder à une visite du fonctionnaire porté malade par le médecin de confiance de la Fonction Publique, même si la durée du congé sollicité ne dépasse pas trois jours.»

Je vous prie de croire, Monsieur le Président, à l’expression de mes sentiments respectueux.

Justin Turpel

gulatorische Kooperation, eine ernst zu nehmende Gefahr für unser hart erkämpftes System dar. Dank TTIP sollen öffentliche Dienstleistungen liberalisiert sprich privatisiert werden, um den Konzernen neue Märkte zu eröffnen, und dies auf Kosten der Zivilgesellschaft. TTIP soll eine weitreichende Liberalisierungswelle auslösen, die vor fast keinen Bereichen halt macht und die Wasserversorgung und Abwasserversorgung, das Bildungswesen, die Sozialversicherung, die Krankenversicherung um nur einige zu nennen einschließen.

Jeff Ries



Foto: Alphonse Classen

Rat für regulatorische Kooperation

Im Rahmen von TTIP soll ein Rat für regulatorische Kooperation geschaffen werden. Dieser setzt sich aus Beamten der EU und der USA sowie Vertretern der Industrie und Wirtschaft zusammen. Die EU und die USA müssen sich gegenseitig über geplante neue Regelungen informieren, die den Handel beeinflussen können. Dieser Rat wird den Einfluss der Lobbys weiter vergrößern auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Bei jeder neuen Gesetzgebung mit Auswirkungen auf den Handel sollen die Wirtschaftsvertreter im Vorfeld konsultiert werden. Dies wird strengere Regulierungsvorhaben in Zukunft deutlich erschweren.

TTIP soll Gesellschaft grundlegend verändern

TTIP stellt mit seinen Instrumenten, wie dem des Investitionsschutz oder dem des Rates für re-

Generalversammlung der Jugendabteilung

Mit jugendlichem Elan in die Zukunft ...

Die diesjährige Generalversammlung der Jugendabteilung fand am 5. März 2015 im Café "Beaulieu" in Bonneweg statt.

In seiner Begrüßungsansprache bedankte sich der scheidende Präsident Franky Gilbertz bei allen Anwesenden für die zahlreiche Präsenz und begrüßte als Gäste den Präsidenten, sowie den Ehrenpräsidenten des Landesverbandes Jean-Claude Thümmel und Nico Wennmacher. Weitere Gäste waren der Zentralsekretär des Sektors Eisenbahnen Alphonse Classen, Christiane Weisgerber von der Frauenabteilung sowie Guy Weber von der Kontrollkommission.

Franky Gilbertz resümierte von der Gründung der Jugendabteilung des Landesverbandes im Jahre 1957 bis zum heutigen Tag. Der scheidende Präsident stellte ebenfalls, stellvertretend für den Kassenbeauftragten, kurz die Finanzlage vor, die sich im positiven Bereich befindet.

Nach der Entlastung durch die Kontrollkommission wurde der Bericht einstimmig angenommen.

Da Franky Gilbertz seit dem 65. Kongress im Januar 2015 den Posten des Generalsekretärs übernommen hat, gibt er den Posten des Präsidenten der Jugendabteilung an Philippe Hoffmann ab.

Andy Steffen und Wayne Stoffel wurden jeweils in ihren Ämtern als Sekretär bzw. Kassierer bestätigt. Den Posten des beigeordneten Sekretärs übernimmt Jérôme Trausch.



Foto: Alphonse Classen

Als neuer Präsident der Jugendabteilung bedankte sich Philippe Hoffmann bei allen Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen. Er hob besonders hervor, dass die Jugend sich verstärkt engagieren müsse da diese die Zukunft des Landesverbandes darstellt. Der neue Präsident erwähnte in seinem Referat unter anderem auch die Arbeitsbedingungen bei der CFL, welche man den engagierten früheren Militanten im Landesver-

band zu verdanken habe. Dies dürfe man nie vergessen.

Die anstehenden Reformen im öffentlichen Dienst würden uns alle betreffen und auch Auswirkungen auf die Laufbahnen der CFL haben. Dies sei der Grund wieso sich die Jugend aktiv engagieren und Stärke zeigen müsse.

Die Studenten hat es mit dem „Sparwahn“ der Regierung auch

hart getroffen. Würde man diese Art und Weise auch auf die übrigen familien-, arbeits- und sozialpolitischen Themen anwenden, stünden für die jungen Lohnabhängigen harte Zeiten ins Haus.

Das Programm für das Jahr 2015 will man in der ersten Vorstandssitzung festlegen.

Der Präsident des Landesverbandes Jean-Claude Thümmel er-

wähnte in seinem Referat die Sparmaßnahmen der Regierung, die anstehenden Reformen im öffentlichen Dienst und die klare Vorstellung über den Stellenwert der Jugend in der heutigen Gesellschaft. Jean-Claude Thümmel wünschte der Jugendabteilung viel Glück und sicherte dieser die volle Unterstützung der Verbandsexekutive zu.

Anschließend waren alle Anwesenden zu einem geselligen Kegelabend mit einem gemütlichen Essen eingeladen.

Jérôme Trausch

InfoBox

Philippe Hoffmann, Präsident
 Andy Steffen, Sekretär
 Jérôme Trausch, beigeordneter Sekretär
 Wayne Stoffel, Kassenbeauftragter
 Jean-Marie Reiners, Mitglied
 Philippe Mantz, Mitglied
 Géraldine Canovi, Mitglied
 Tessy Ewen, Mitglied
 Pedro Tavares, Mitglied
 Maringlen Sheqeri, Mitglied
 Starsky Flor, Mitglied
 Daniel Delbrassine, Mitglied
 Jennifer Müller, Mitglied
 Guy Banz, Mitglied
 Marc Goudenbourg, Mitglied
 Manuel Thiry, Mitglied
 Tommy Gilbertz, Mitglied

Verkehrspolitik im Nord-Westen

Die vernachlässigte Region



Foto: René Birgen

In der „Top Thema Magazin“-Ausgabe von RTL Télé Lëtzebuerg vom vergangenen 10. Februar 2015 wurde anlässlich des diesjährigen Autofestivals das Thema um die Abgasemissionen der Kraftfahrzeuge erörtert.

Staatssekretär Camille Gira entgegnete auf die Frage „Diesel- oder Benzinmotor?“ mit einem Vergleich zwischen Pest und Cholera. Am Besten sei es komplett auf das Privatauto zu verzichten. Widersprechen kann man dem Herrn Staatssekretär sicher nicht, doch hätte man ebenso feststellen können, dass das Wasser bergab läuft oder, dass rauchen gesundheitsschädlich ist.

Vermissten tut man beispielsweise generell ein verkehrspolitisches Zukunftskonzept, eine Vision bezüglich des Nord-Westens des

kleinen Luxemburgs. Gerade Herr Gira müsste doch als ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Beckerich um die steinzeitähnlichen verkehrstechnischen Probleme der Nord-West-Region bestens Bescheid wissen.

Von der belgischen Landesgrenze herkommend braucht man in den Morgenstunden nicht selten zwei Stunden bis nach Luxemburg-Stadt. Das augenblickliche Park&Ride am Bahnhof Arlon ist teuer und systematisch überfüllt. Zwar hat Nachhaltigkeits- und Infrastrukturminister François Bausch letzten Sommer erfreulicherweise eine Co-Finanzierung eines Park&Ride's in der Nähe von Stockem in Aussicht gestellt, doch eine definitive Entscheidung, geschweige denn ein Termin stehen noch immer aus.

Der Bau von öffentlichen Parkplätzen am Randgebiet der Hauptstadt sowie in den Grenzregionen:

ein Versäumnis von vierunddreißig Jahren ununterbrochener CSV-Herrschaft.

Äußerst erfreulich ist es selbstverständlich, dass die Regierung und insbesondere Minister Bausch sich für den konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen Infrastrukturen ausgesprochen haben. Leider sucht man jedoch eine klare Zeichensetzung hinsichtlich der bereits jetzt benachteiligten Regionen unseres Landes vergeblich.

Im Gegenteil, die abgelegenen Ortschaften werden möglicherweise einer „Reorganisation“, einer „Umstrukturierung“ des RGTR-Transports zum Opfer fallen (Zukunftspaket Position 238 - Abschaffung der RGTR-Linien mit geringem Kundenaufkommen).

Versucht man heute beispielsweise von Petingen nach Bigonville oder Baschleiden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu gelangen, so ähnelt die Fahrt eher einem Ausflug aus dem 19. Jahrhundert.

Eine Bahnstrecke, welche quer von Petingen über Steinfort nach Ettelbrück führen würde (ja es gab diese Strecke vor langer Zeit einmal...) bzw. Wiltz mit Bastogne (auch diese Verbindung gab es einmal) verbinden würde, in Verbindung mit einem ausreichenden Park&Ride-Angebot und einem adäquaten RGTR-Busdienst würde einen Quantensprung für die Nord-West-Region bedeuten.

Bei der aktuellen Verkehrspolitik bleibt also zu hoffen, dass nicht wieder einmal der Nord-Westen Luxemburgs zum Stiefkind der Transport- bzw. Investitionspolitik werden wird.

Philippe Hoffmann

Pressemitteilung

Für sichere und korrekt entlohnte Beamte!

Die Aussagen des Vizepräsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates Gary Kneip in den Medien sowie in den sozialen Netzwerken können als Kampfansage an die Jugendabteilung des FNCTTFEL-Landesverbandes gewertet werden und fordern diese zu einer Reaktion auf. Das Beamtenstatut bedeutet eine Garantie für die Qualität im öffentlichen Dienst und darüber hinaus stellt dieses Beamtenstatut eine Garantie für sichere Arbeitsplätze dar, eine Garantie für attraktive Jobs. Attraktive Jobs ziehen gute und motivierte junge Mitarbeiter an! Das Beamtenstatut bedeutet soziale Absicherung, eine korrekte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen.

Die Aussagen von Leuten mit neoliberal geprägter Ausrichtung wie eben die des Herrn Kneip zeigen wie wichtig es gerade heutzutage ist, sich als junger Arbeitnehmer in einer Ellenbogengesellschaft gewerkschaftlich zu engagieren und die von ihm so ungeliebten sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Die kontinuierliche Einstellungspolitik, beispielsweise bei den CFL, bietet einer Vielzahl von jungen Arbeitnehmern sichere und korrekt entlohnte Arbeitsplätze mit einer attraktiven beruflichen Perspektive. Luxemburg sollte Vorbild für diese Standards in Europa sein!

Ein Staat ist kein Wirtschaftsunternehmen und darf nicht als solches betrachtet werden. Die

„schwarze Null“ in Bezug auf einen Staatshaushalt ist eine reine Hysterie. Ist es wirklich das Ziel der Politik den Lobbyisten zu folgen und einen sozialen Kahlschlag mit Billigjobs und Armut in Europa zu provozieren? Ein Staat hat in allererster Hinsicht die Pflicht,

seinen Bürgern Sicherheit und Frieden zu bieten. Als Basis für eine solche Sicherheit dient der soziale Frieden. Sozialer Frieden bedeutet Löhne und Arbeitsbedingungen die es ermöglichen in menschenwürdigen Bedingungen zu leben! Soziale Spannungen sind in Luxemburg erfreulicherweise eine Ausnahme, dies nicht zuletzt dank einigermaßen sicherer Jobs. Hierzu gehört unter anderem auch das Beamtenstatut.

Die im Rahm der Reform des öffentlichen Statuts vorgesehene Kürzung der Stagegehälter geht nach Meinung der Jugendabteilung des Landesverbandes in die definitiv falsche Richtung.

Die Abschaffung des Beamtenstatuts, beispielsweise beim Lehrpersonal, käme auf lange Sicht einer Privatisierung des Bildungssystems gleich. Der Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialrates fordert also, dass ausschließlich denjenigen Bildung zu Teil wird, die es sich auch leisten können. Solche Aussagen vom Vizepräsidenten dieses Gremiums sind verantwortungslos!

Die Jugendabteilung des FNCTTFEL-Landesverband ist fest entschlossen, aktiv dazu beizutragen, das Beamtenstatut mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, eine offensive Einstellungspolitik bei Staats- und Parastaatsunternehmen einzufordern und sich für eine substanzielle Aufbesserung der Löhne und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Privatsektor einzusetzen!

FNCTTFEL-Landesverband Youth
 am 9. März 2015

Tagesausflug 2015 Bastogne

Der diesjährige Ausflug unseres Sektors Pensionierte des Landesverbandes findet am

Donnerstag, den 21. Mai 2015

statt. Die Fahrt führt uns nach Bastogne in die belgischen Ardennen.

Tagesprogramm:

8 Uhr: Abfahrt im modernen Bus (ALTMANN) vor dem Bahnhof Luxemburg auf der Seite des RGTR-Busplatzes.

9.15 Uhr: Ankunft in Bastogne beim Kriegsmuseum und dem „Mardasson“. Anschließend Kaffee mit Gebäck.

9.50 Uhr: Besichtigungsbeginn des Kriegsmuseum.

Das Museum ist komplett neugestaltet worden. Die Besichtigung wird durch drei kurze in Abständen und in verschiedenen Räumen vorgezeigte (10-12 Minuten) Filme unterbrochen. Die Besucher haben die Möglichkeit sich auf Sitzflächen auszuruhen. Die gesamte Besichtigung dauert in etwa zwei Stunden.

12.30 Uhr: Abfahrt mit Bus zum Restaurant „Chalet Royal“ gelegen auf der Wiltzer Straße, circa sieben Kilometer von Bastogne entfernt.

13 Uhr: Mittagessen

18 Uhr: Rückfahrt nach Luxemburg

19.15 Uhr: Ankunft in Luxemburg

Im Einverständnis mit den Teilnehmern könnte die Aufenthaltszeit in Bastogne abgeändert werden.

Der Unkostenbeitrag (Bus, Kaffee mit Gebäck, Eintrittsgeld, Mittagessen (ohne Getränke), Trinkgelder) beträgt 62 Euro und ist bis zum 8. Mai 2015 auf das Konto SECTEUR PENSIONNES BCEE LU67 0019 2755 9583 8000 zu entrichten.

Anmeldungen sind bis zum 1. Mai 2015 an Marcel Arendt (Telefon 31 88 46 oder 691 318 846 oder marendt@pt.lu) zu richten.

Der Vorstand des Sektors Pensionierte hofft auf eine rege Teilnahme

Vereinigung Rümelingen

„Muss man die Guillotine aus dem Museum hervorholen?“

Ob die Vertreter der „Gambia“-Koalition das Gruseln überkommen hätte? Die harsche Kritik an ihrer Politik von Romain Gros und Nico Wennmacher in der Jahreshauptversammlung der Vereinigung Rümelingen des Landesverbandes hätten sie in vielen Fragen vielleicht zur Raison bringen können.

Romain Gros, Vorsitzender der regionalen FNCTTFEL-Vereinigung, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und ging mit der rotblau-grünen Regierung und dem Patronat hart zu Gericht. Für die Gewerkschaften, so monierte er, seien keine rosigen Zeiten in Sicht. Das Patronat greift das schaffende Volk und dessen mühsam erkämpften Rechte von allen Seiten an, die Regierung mit ihrem Sparwahn besorgt das Restliche.

Laut offiziellen Angaben leben bereits heute im reichen Luxemburg 15 Prozent der Bürger an der Armutsgrenze, im südlichen Europa (Griechenland und Spanien) ist die Lage der Werktätigen noch schlimmer.

Befürchten muss man jetzt, dass das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA die wirtschaftliche und soziale Lage von Millionen Menschen noch verschlechtern wird. Dem müssen sich die starken Gewerkschaften entgegenstellen. „Vive la Révolution!“, meinte Romain Gros abschließend, der sich die Frage stellte, ob es nicht an der Zeit sei, die Guillot-



Foto: Didier Sylvestre

tine wieder aus dem Museum hervorzuholen.

Austeritätspolitik: Nein!

Als Vertreter der Exekutive erinnerte Nico Wennmacher an das für den Landesverband durchgewachsene vergangene Jahr, in dem Jean-Claude Thümmel die Präsidentschaft von Guy Greivelding übernahm und die letzte Kooperative der FNCTTFEL geschlossen werden musste.

Auch Wennmacher verurteilte, wenn auch in einer anderen Wortwahl wie Romain Gros, die europaweite liberale Austeritätspolitik und erinnerte an die Forderungen des Landesverbandes. Wehren will man sich gegen den allgemeinen Sozialabbau, die Angriffe auf die

Renten, die Pflegeversicherung und den sozialen Mindestlohn.

Im öffentlichen Sektor, so Wennmacher, sei eine ganze Menge Verschlechterungen geplant, im Transportwesen ziehen düstere Wolken auf.

Der Landesverband werde auch weiterhin für die Erhöhung des sozialen Mindestlohnes und die Einführung einer Reichensteuer eintreten, die die aktuelle Regierung anscheinend total abgeschrieben hat. Regional gesehen plädiert die FNCTTFEL noch immer für den Erhalt der Eisenbahnlinie Rümelingen-Nörtzingen-Luxemburg und eine durchgehende direkte Verbindung auf dieser Strecke.

Tageblatt, 10.03.2015

Frauen

„Internationaler Frauentag“ am vergangenen 8. März 2015

Was ist der „Internationale Frauentag“ überhaupt?

Der „Internationale Frauentag“ wird weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen. Als am 8. März 1857 Textilarbeiterinnen in New York für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ausstand traten, wurde ihr Streik brutal bekämpft.

Dem gedachten Sozialistinnen in jener Stadt angeblich am 8. März 1907. Dieser 8. März sei also der erste Frauentag gewesen.

Der „Internationale Frauentag“ hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt.

Der FNCTTFEL-Landesverband möchte mit diesem Fächer auf die Wichtigkeit des „Internationalen Frauentages“ hinweisen. Weitere Informationen unter www.fraentag.lu. „Internationaler Frauentag 2015“ bedeutet auch: Gesund bleiben; Gewaltfreies Arbeiten;

Planbare Freizeit; Gleiche Ein- und Aufstiegschancen; Pflege; Respektvoller Umgang miteinander; Betriebliche Angebote für Kinderbetreuung; Familienfreundliche Schichtpläne.

InfoBox

Im Rahmen des Internationalen Frauentages gestalteten die Frauensektionen von vier europäischen Gewerkschaften zu diesem historischen Tag einen Fächer. Es sind dies die Gewerkschaften VIDA, die EVG, der SEV und der FNCTTFEL-Landesverband. Das Motto der Kampagne war: Wir leben Gemeinschaft.

Die vier Frauensektionen stehen für die Wertschätzung und Respekt aller Menschen, zur unserer Vielfalt und die Achtung aller, zum gewaltfreien Umgang miteinander, zu einem fairen Umgang und der Zufriedenheit aller ein.

Im Vorfeld des Frauentages wurden diese Fächer im Betrieb verteilt.



375 organisations de la société civile de l'Union Européenne écrivent aux députés européens

Pour une résolution TTIP

Cher Membre du Parlement Européen,

C'est dans le cadre des travaux du Parlement européen sur une résolution d'accord de partenariat transatlantique sur le commerce et les investissements (PTCI, aussi connu avec les acronymes anglaises équivalentes TTIP ou son ancien nom Traite Transatlantique de Libre Echange ou TAFTA) que nous vous écrivons. Nous sommes une coalition à travers l'Union Européenne de 375 organisations de la société civile qui partagent une inquiétude profonde face aux diverses menaces que pose un tel accord. Nous présentons un large spectre de préoccupations, dont la protection de l'environnement, la santé publique, les droits civiques, l'agriculture, les droits des consommateurs et la protection des normes agricoles et alimentaires, le bien-être animal, les normes sociales, les droits des travailleurs, les droits des immigrés, le chômage, les jeunes et les femmes, le développement, l'accès du public à l'information et les droits numériques, les services publics essentiels dont l'enseignement, l'intégrité des systèmes financiers, et d'autres. Nous saluons le fait que le Parlement européen puisse élaborer une opinion sur le TTIP ainsi que le rôle qu'il a déjà joué dans l'organisation de débats publics sur ce point. Nous demandons à tous les députés européens de s'accorder sur une résolution forte qui énonce clairement que le Parlement européen rejettera tout accord futur sur le commerce ou les investissements qui ne servirait pas l'intérêt des populations et qui menacerait des droits importants acquis grâce à de longues luttes démocratiques aux États-Unis, en Europe et dans le reste du monde.

A cette fin, nous voudrions partager avec vous nos demandes clés sur les négociations du TTIP, élaborées de concert avec nos alliés d'Outre-Atlantique, rendues publiques en mai 2014 :

1. **Transparence maintenant:** tous les documents relatifs aux négociations du TTIP, y compris les projets de textes d'accord, doivent être rendus publics afin de per-

mettre un débat public ouvert et critique sur le TTIP.

2. Un processus démocratique qui permette l'examen et l'évaluation des textes négociés pour veiller à ce qu'ils servent l'intérêt commun ; qui fasse intervenir le PE et les parlements nationaux et qui tienne compte de l'avis des citoyens et des associations, des syndicats et de tous les groupes concernés.

3. Pas de RDIE (ISDS en anglais): toute clause mentionnant un mécanisme de Règlement des Différends entre Investisseurs et Etats (RDIE) doit être retirée de façon permanente des négociations et aucun autre mécanisme doit être introduit (notamment, de façon indirecte, à travers d'autres accords de commerce pré-existants ou ultérieurs), mécanisme qui de la même façon donnerait des droits privilégiés aux investisseurs étrangers.

4. Pas de conseil de coopération réglementaire : toutes les réglementations doivent être entièrement dans les mains d'organes et de processus contrôlés démocratiquement.

5. Pas de suppression de normes qui préservent et servent l'intérêt général : il faut respecter les normes de l'UE et ne pas les "harmoniser" vers le bas au plus petit commun dénominateur. Nous parlons ici des normes sociales et de travail, celles qui protègent les consommateurs et la santé publique, ainsi que l'environnement, y compris la régénération des ressources naturelles, du bien-être animal, des normes de sécurité alimentaire et de pratiques agricoles soutenables pour l'environnement, d'accès à l'information et d'obligations d'affichage, des normes relatives à la culture, aux soins de santé, à la réglementation des marchés financiers ainsi que la protection des données personnelles, la neutralité d'Internet et d'autres droits numériques. La reconnaissance mutuelle n'est pas acceptable dans la mesure où elle va à l'encontre des protections fortes et des normes établies démocratiquement. Le principe de précaution doit être largement appliqué.

6. Pas de privatisation ou déréglementation des services publics. Nous exigeons un accès garanti à des soins de santé et un enseignement de haute qualité, ainsi qu'à d'autres services publics et le droit de choisir des marchés publics qui favorisent des emplois locaux et l'économie locale, une teneur en production locale, les entreprises sociales, les économies durables, les considérations sociales et qui sert l'intérêt général.

7. La promotion de pratiques agricoles humaines et soutenables pour l'environnement et la protection de l'agriculture familiale à petite échelle.

8. Les pouvoirs publics doivent garder le pouvoir et les structures politiques nécessaires pour protéger certains secteurs sensibles et préserver des normes importantes pour notre qualité de vie. Il faut respecter et faire respecter les normes internationales sur le travail et l'environnement. La violation continue des droits du travail devrait être passible d'amendes monétaires.

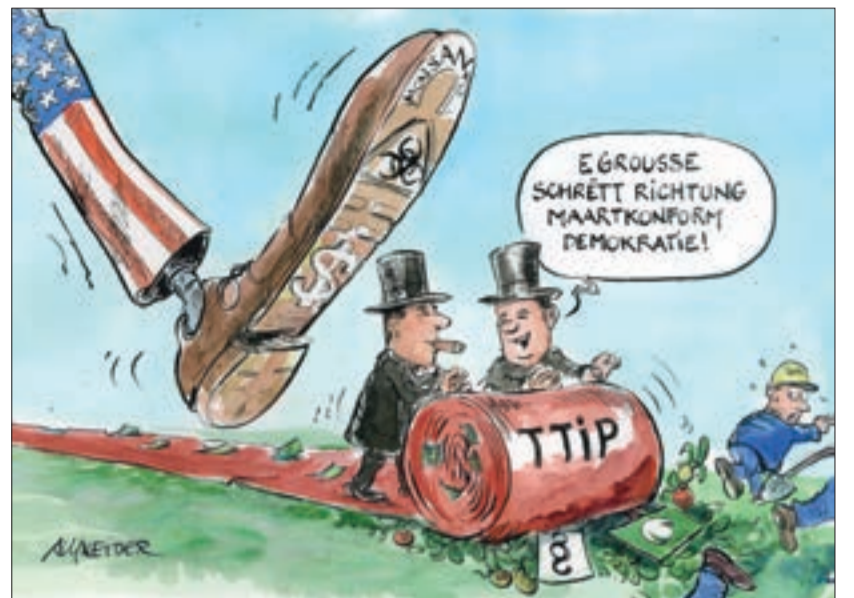
9. Il ne doit y avoir aucune restriction aux normes internationales et européennes des droits humains. Le peu d'informations qui a été publié - ou que nous avons pu obtenir - sur les négociations

en cours augmentent notre inquiétude de façon considérable car nos attentes ne sont en rien relayées dans l'approche adoptée par l'UE. Ainsi:

- Les négociations se déroulent à huis clos, sans consultation publique complète et efficace.

L'absence de transparence et de processus démocratique rend impossible le suivi des négociations par les citoyens et la société civile afin de s'assurer que les intérêts publics soient protégés. En revanche, les lobbys d'affaires ont non seulement un accès privilégié à l'information mais aussi l'occasion d'influencer les négociations.

- Le chapitre propose sur la protection des investissements, en particulier l'intégration d'un mécanisme de règlement des diffé-



Caricature: Carlo Schneider

rends entre investisseurs et états (ISDS en anglais), donnerait aux investisseurs des droits exclusifs pour poursuivre un état en justice quand des décisions démocratiques, prises par des institutions publiques dans l'intérêt général, sont perçues comme ayant un impact négatif sur leurs profits envisagés. Ces mécanismes se basent sur des jugements dans des tribunaux qui opèrent hors des systèmes juridiques nationaux et ils affaiblissent donc nos systèmes juridiques nationaux et européens et nos structures démocratiques qui formulent des lois et des politiques dans l'intérêt général.

- La création de nouvelles structures et procédures de gouvernance antidémocratiques

qui visent à 'harmoniser les réglementations', comme la proposition de conseil de coopération réglementaire, font du TTIP et d'autres accords un objet insaisissable, «des accords en vie», constamment développés en secret par des bureaucrates non élus et des représentants des grandes entreprises. Ces structures antidémocratiques menacent de diminuer des standards et des règles importantes conçus pour protéger l'intérêt général, ou d'entraver toute amélioration future, indépendamment de son caractère nécessaire ou de tout mandat officiel.

- Les documents émanant des lobbys des affaires et des entreprises démontrent que cette insistance sur les obstacles non tarifaires et sur la convergence des réglementations est utilisée pour accroître la déréglementation, des garanties accrues aux investisseurs, des monopoles de droits de propriété intellectuelle renforcés, et donc en définitive, une course vers le bas.

Nous vous demandons d'envoyer un signal clair et fort aux négociateurs pour leur faire savoir que le PE rejettera le TTIP et tout autre accord de commerce et d'investissement allant dans la même direction, parce qu'ils ne servent pas l'intérêt public et parce qu'ils menacent les droits et les libertés fondamentaux acquis au fil de longues luttes démocratiques.

Lettre signée par 375 organisations de la société civile de l'Union Européenne y compris les membres de la plateforme luxembourgeoise „STOP TTIP“.

Comité d'Experts réuni à Genève

Des progrès à l'OIT sur le travail précaire

Réuni au siège de l'OIT à Genève du 16 au 19 février, un Comité d'Experts représentant les employeurs, les gouvernements et les travailleurs a débattu de la manière dont l'OIT devait réagir aux menaces pour les droits des travailleurs qu'entraîne l'expansion du travail précaire.

Le débat était étayé par un rapport préparé par l'OIT qui brosse un tableau assez familier. Il montre comment le travail précaire a proliféré au cours des dernières années, en particulier s'agissant des postes peu qualifiés et indique que les femmes et les jeunes sont affectés de manière disproportionnée.

Le rapport souligne les problèmes qui se posent lorsque le travail précaire n'est pas un choix délibéré. L'Europe aussi bien que les États-Unis enregistrent des taux élevés de travail à temps partiel involontaire et, au Royaume-Uni, quatre cinquièmes de tous les travailleurs et travailleuses employés

à durée déterminée sont en période d'essai ou ne peuvent trouver un emploi permanent. En Grèce, au Portugal et en Espagne, ce chiffre s'élève à plus de 90% des travailleurs temporaires. Le rapport de l'OIT montre que le travail précaire ne constitue pas nécessairement un marche-pied vers l'emploi permanent. En fait, à mesure que l'emploi temporaire se répand, les travailleurs à temps partiel ont davantage de chances de rester dans une précarité d'emploi et sont jusqu'à dix fois plus susceptibles de se retrouver au chômage que les travailleurs et travailleuses permanents.

L'OIT a confirmé ce que les syndicats savent déjà : les travailleurs précaires gagnent moins que les salariés permanents, ont une couverture sociale inadéquate, sont pénalisés en termes d'opportunités de formation et souffrent d'un taux plus élevé d'accidents. Leur statut d'emploi signifie également qu'ils sont confrontés à des difficultés pour exercer leurs droits à la liberté syndicale et à la négociation collective.

La Réunion d'Experts a émis la recommandation que l'OIT poursuive son travail en vue d'améliorer la collecte des données et de faire rapport sur le travail précaire. Elle devrait aussi:

- Promouvoir un meilleur recours aux normes internationales en ce qui concerne le travail précaire

- Analyser où se situent les failles dans les normes et évaluer le besoin d'en adopter de nouvelles

- Examiner et prendre en compte les barrières que rencontrent les travailleurs précaires pour exercer leurs droits à la liberté syndicale et à la négociation collective

- Considérer comment la négociation collective peut contribuer à des conditions de travail décentes.

- Soutenir l'inspection du travail et l'accès pour les travailleurs précaires aux recours en justice

- Considérer comment la sécurité sociale peut être étendue aux travailleurs précaires

- Rendre compte des tendances et créer un répertoire d'informations sur le travail précaire et les pratiques innovantes qui permettent d'assurer la protection des travailleurs précaires.

Chose importante à noter, ces recommandations appellent également à la tenue de Réunions d'Experts sur l'emploi temporaire et sur la discrimination sur base du statut d'emploi, ouvrant ainsi la possibilité de développer de nouvelles normes internationales du travail dans ces deux domaines.

Ces recommandations vont ensuite être présentées au Conseil d'Administration de l'OIT pour approbation.

Source: ILO

Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes

Herausgeber:
FNCTTFEL-Landesverband

Verantwortlich für den Inhalt:
Jean-Claude Thümmel,
Präsident

63, rue de Bonnevoise
L-1260 Luxembourg
Tél.: 48 70 44-1
Fax: 48 85 25
www.landesverband.lu
secretariat@landesverband.lu

Redaktion und Koordination:
Frank Gilbertz

Lektorat:
Roby Meis

E-mail:
lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

Abonnement:
Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können "Le Signal" über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 Euro

Gestaltung und Umbruch:
Espace Médias S.A. /
Polygraphic Communication

Versand:
WEPRINT